

---

Frank Pilz

# Die Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise

Die Rolle nationaler  
und europäischer Institutionen

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	1
<b>1 Interaktions- und krisenrelevante Trends</b> .....	7
1.1 Probleme wachsender Interaktion der Politik des Staates, der Europäischen Zentralbank und der Banken .....	7
1.2 Die Finanzkrise als Bankenkrise .....	11
1.2.1 Die Politik der Deregulierung: Vorrang für freie ungezügelter Märkte .....	12
1.2.2 Fragilität der Finanzmärkte: Ausweitung riskanter Geschäfte.	13
1.3 Die Staatsschuldenkrise als Ergebnis der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Reform- und Sparprogramme, des Wandels vom Steuer- zum Schuldenstaat sowie staatlicher Bankenhilfen .....	20
<b>2 Politisch-ökonomische und politikwissenschaftliche Ansätze</b> .....	25
2.1 Marktliberale und angebotspolitische Ansätze .....	25
2.1.1 Die Überlegenheit der Markt- und Wettbewerbs- mechanismen und der funktional beschränkte Staat .....	26
2.1.2 Das angebotspolitische Ordnungskonzept: Prämissen, Ziele und Instrumente .....	28
2.1.3 Krisenbedingte Diskreditierung marktliberaler Konzepte . . .	30
2.2 Die Governance-Perspektive .....	32
2.2.1 Unterschiedliche Governance-Begriffe und Voraus- setzungen prinzipieller staatlicher Handlungsfähigkeit .....	33

2.2.2	Das Verständnis vom Staat als eines kooperativen Staates und Formen der Koordinierung durch Governance-Modi . . . .	35
2.2.3	Governance als Wahrnehmung von Verflechtungen und Interdependenzen und kritische Würdigung dieser Sichtweise	36
2.3	Der Ansatz des Intergouvernementalismus (IG) . . . . .	39
2.3.1	Der realistische Intergouvernementalismus . . . . .	39
2.3.2	Der liberale Intergouvernementalismus . . . . .	39
2.3.3	Stärkung intergouvernementalen Regierens und zunehmende Asymmetrie . . . . .	41
<b>3</b>	<b>Neuorientierung der Regulierungspolitik</b> . . . . .	<b>47</b>
	Die Beispiele neuer Regelungen in Deutschland, des Dodd-Frank-Gesetzes in den USA und der Baseler Kapital- anforderungen an die Banken	
3.1	Deutschland als Vorreiter neuer Regelungen für strengere Kredit- verbriefung und verstärkte Kapitalausstattung . . . . .	47
3.2	Die USA als Vorbild für die Regulierung der Finanzmärkte: Das Dodd-Frank-Gesetz . . . . .	50
3.2.1	Die Begrenzung von Spekulationsgeschäften . . . . .	51
3.2.2	Die unangetastete Rolle der Ratingagenturen . . . . .	52
3.2.3	Verzicht auf eine Bankenabgabe . . . . .	52
3.3	Die Weiterentwicklung von Basel II zu Basel III: Vor- und Nach- teile höherer Eigenkapitalanforderungen an die Banken . . . . .	54
<b>4</b>	<b>Die Politik der Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum</b> . . . . .	<b>61</b>
4.1	Das erste Hilfspaket für Griechenland vom Mai 2010 . . . . .	62
4.2	Das Euro-Rettungspaket vom Mai 2010 und das „Europäische Semester“ vom Juni 2010 . . . . .	62
4.3	Die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 24./25. März 2011 . . . .	64
4.3.1	Sondierungsgespräche über schärfere Sanktionen, private Gläubigerbeteiligung und einen dauerhaften Rettungsfonds . .	64
4.3.2	Der befristete Fonds Europäische Finanz- Stabilisierungs-Fazilität (EFSF) und der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) . . . . .	68
4.3.3	Der „Euro-Plus-Pakt“ und die Kritik an der europäischen Wirtschaftsregierung . . . . .	70
4.3.4	Der Stabilitätspakt, die Vorgaben des Europäischen Semesters und die Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts . . . . .	77

4.4 Die Einigung des Brüsseler Euro-Sondergipfels vom 21. Juli 2011 und ihre kritische Würdigung .....	84
4.4.1 Zweites Hilfspaket für Griechenland .....	84
4.4.2 Beteiligung privater Gläubiger an den Sanierungskosten Griechenlands .....	86
4.4.3 Erweiterte Aufgaben und Zuständigkeiten der befristeten EFSF und des dauerhaften ESM .....	89
4.4.4 Das neue Regime der Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte .....	94
4.5 Die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der EU zum Fiskalpakt und der Eurostaaten zum ESM vom 9.12.2011 .....	96
4.5.1 Kompromissfindung auf der Grundlage konträrer deutsch-französischer Ausgangspositionen .....	98
4.5.2 Die Gipfelbeschlüsse im Einzelnen .....	99
4.5.3 Der Fiskalpakt und der ESM als zwischenstaatliche Verträge in der Kritik .....	105
4.6 Das zweite und dritte Hilfspaket für Griechenland vom Februar 2012 und vom August 2015 .....	114
4.6.1 Die Einigung der Euro-Finanzminister und die Neuausrichtung der griechischen Politik nach den Wahlen .....	116
4.6.2 Stärkere Beteiligung der EZB als öffentlichen Gläubigers an der Schuldenreduzierung Griechenlands .....	119
4.6.3 Die Billigung des zweiten Hilfspakets für Griechenland durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Vorbehalte gegenüber einem dritten Rettungspaket .....	123
4.6.4 Kontroversen über die Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms und den Umfang des Spar- und Reformprogramms nach den Wahlen im Jahr 2015 .....	124
4.6.5 Möglichkeiten und Gefahren eines Grexits, eines Schuldenschnitts und einer Umschuldung .....	129
4.6.6 Die Einigung auf technischer Ebene vom 11.8.2015 und die politischen Kontroversen über die Umsetzung .....	133
4.7 Die Ergebnisse des EZB-Stresstests, die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der Eurozone und die Einigung der EU-Finanzminister zur Bankenunion .....	138
4.7.1 Chancen und Risiken des EZB-Stresstests .....	139
4.7.2 Die europäische Bankenunion: Bankenaufsicht, Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus sowie Einlagensicherungsfonds .....	142

4.7.3 Umstrittene direkte ESM-Hilfen für Banken als wichtiger Schritt zum Aufbau einer Bankenunion .....	155
4.8 Die Kritik an der Euro-Rettungspolitik und die Kontroversen um die Transfer- und Haftungsunion .....	158
4.8.1 Partiiell gescheiterte Euro-Rettungspolitik: Staatsschuldenfixierte, bedingungsabhängige, nachfrageseitige, wechsellkursbedingte Gründe und angebotsorientierte Krisenverschärfung .....	159
4.8.2 Legitimations-, akzeptanz- und verteilungsrelevante sowie asymmetrieverstärkende Kritikpunkte .....	162
4.8.3 Die Entwicklung zur Transfer- und Haftungsgemeinschaft im Widerstreit .....	173
<b>5 Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und ihre Risiken .....</b>	<b>179</b>
5.1 Die kriseninduzierte Mengentender-Politik .....	180
5.2 Schulden und Forderungen der nationalen Notenbanken im Euro-System (Target 2-System) .....	181
5.3 Das Anleihenankaufprogramm der EZB: Outright Monetary Transactions (OMT) .....	185
5.3.1 Ziele und Maßnahmen des OMT-Programms .....	185
5.3.2 Die Kritik an der Wirkungslosigkeit der Maßnahmen und der Verteilung der Risiken .....	188
5.3.3 Die Einschränkung der Unabhängigkeit der EZB, die Mandatsüberschreitung und die Demokratiegefährdung .....	190
<b>6 Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs zur Europapolitik und Euro-Rettungspolitik .....</b>	<b>193</b>
6.1 Das Lissabon-Urteil vom 30.6.2009 .....	196
6.2 Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Griechenlandhilfe und zum Euro-Rettungsschirm vom 7.9.2011 sowie zu den Beteiligungsrechten des Bundestags/EFSS vom 28.2.2012 .....	199
6.3 Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum ESM-Vertrag und Fiskalpakt .....	201
6.3.1 Der ESM-Vertrag in der Kritik .....	201
6.3.2 Ablehnung einer einstweilige Anordnung gegen die Ratifizierung des ESM-Vertrags am 12.9.2012 .....	204

6.3.3	Strengere defizitrelevante Obergrenzen durch den Fiskalvertrag .....	206
6.3.4	Endgültige Abweisung der Verfassungsbeschwerden und Organstreitverfahren gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt .....	207
6.4	Mündliche Verhandlungen im Hauptsacheverfahren ESM/EZB vor dem Bundesverfassungsgericht und Urteilsverkündung .....	209
6.4.1	Unterschiedliche Positionen zum EZB-Staatsanleihenankauf in den Verhandlungen vom 11./12.6.2013 .....	210
6.4.2	Urteilsverkündung und Vorlage an den Gerichtshof der Europäischen Union vom 7.2.2014 .....	214
6.5	Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts zum Staatsanleihenankauf der EZB vom Juni 2015 und vom Juni 2016 .....	217
<b>7</b>	<b>Empirischer Befund</b> .....	<b>221</b>
7.1	Die prekäre Verknüpfung der Politik des Staates und der EZB mit der Geschäftspolitik der Banken .....	222
7.2	Die Defizite angebotsorientierter Politikansätze: das Versagen der Akteure des Finanzsektors und der Politik .....	223
7.3	Ambivalente Aussagekraft der Governance-Perspektive .....	225
7.4	Krisenbedingte Vitalisierung der These des Inter-gouvernementalismus .....	226
7.5	Kennzeichen der Politik der Krisenbewältigung der Regierungen der Eurostaaten und der Europäischen Zentralbank .....	230
7.5.1	Nicht strikt regulierungsverschärfend .....	231
7.5.2	Risikobehaftet, unkalkulierbar und partiell gescheitert .....	232
7.5.3	Exklusiv, exekutiv und hierarchieverschärfend .....	234
7.5.4	Legitimations- und akzeptanzdefizitär, asymmetrie-verstärkend und verteilungsproblematisch .....	235
7.5.5	Haftungs- und transferausweitend bis haftungsbodenlos .....	237
7.5.6	Konditional .....	238
	<b>Literatur</b> .....	<b>239</b>
	<b>Internetadressen</b> .....	<b>273</b>